

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie hier auf unserer ersten EFRE-Messe in Hannover begrüßen zu können. Besonders freue ich mich darüber, dass es uns gelungen ist, gleich mehrere hochrangige Vertreter der Europäischen Kommission für diese heutige Veranstaltung zu gewinnen, den Leiter der für Deutschland zuständigen Abteilung der Generaldirektion Regio Herrn Direktor José Palma Andres, den Leiter des dortigen Deutschland Referates Herrn Michel-Eric Dufeil und nicht zuletzt den schon seit vielen Jahren für Niedersachsen zuständigen Fachreferenten Herrn Dr. Heinz-Dieter Rondorf. Herr Palma Andres, Herr Dufeil, Herr Dr. Rondorf herzlich willkommen in Hannover.

Meine Damen und Herren,

das große Interesse, das Sie unserer Veranstaltung entgegenbringen zeigt einmal mehr, welche herausragende Stellung der EFRE in der niedersächsischen Wirtschaftspolitik einnimmt. So haben wir in der gegenwärtigen EU-Förderperiode bis heute mehr als 3.400 Projekte aus Mitteln des EFRE in Niedersachsen gefördert und bis zum Ende der Förderperiode wird zweifellos noch das eine oder andere Projekt hinzukommen.

Dies alles macht deutlich, dass der EFRE aus der niedersächsischen Wirtschaftsförderung kaum noch wegzudenken ist.

Deshalb soll die heutige Veranstaltung Bilanz und Ausblick zugleich sein. Bilanz deshalb, weil die EU-Förderperiode 2000 – 2006 ausläuft und es somit an der Zeit ist ein Resümee zu ziehen. Und Ausblick, weil die nächste Förderperiode unmittelbar vor der Tür steht und wir uns schon mitten in der Programmvorbereitung befinden.

Es ist aber auch an der Zeit, aus Sicht der Landesregierung eine Zwischenbilanz zu ziehen. Dies gilt auch und gerade für die Wirtschaftspolitik, die wir in den

vergangenen Jahren neu ausgerichtet, man kann auch sagen vom Kopf auf die Füße gestellt haben.

Unser Leitgedanke war und ist, dass Wirtschaftspolitik den Betrieben in Niedersachsen, vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen, zugute kommen muss. Wir sind vor rund drei Jahren mit dem Anspruch angetreten, Wirtschaftspolitik des Landes unter den folgenden Aspekten neu zu formulieren:

- 1.) Flexibilität
- 2.) Innovation
- 3.) Mobilität
- 4.) Internationalität.

Diese vier Schlüsselbegriffe beschreiben, wo wir ansetzen müssen, wenn wir die niedersächsische Wirtschaft nachhaltig fördern und Wachstum und Beschäftigung stärken wollen.

Der EFRE spielt dabei von jeher für uns eine zentrale Rolle. Denn die EU-Förderung, in der Form, wie wir sie heutzutage betreiben, ist direkt in die Strategie der Landespolitik eingebettet. Es gibt, um es ganz deutlich zu sagen, keine Trennung zwischen Landespolitik und Europapolitik. EU-Förderung ist Landespolitik.

Und dies wird auch in der Zukunft so sein. Denn trotz der großen Anzahl von Förderprojekten sind wir längst nicht am Ziel. Die Modernisierung unserer Wirtschaft ist ebenso wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen schon immer eine Daueraufgabe gewesen. Wer glaubt, sich auf dem einmal erreichten Stand ausruhen zu können, der hat den globalisierten Wettstreit um Wachstums- und Entwicklungspotentiale von vornherein bereits verloren.

Es geht darum, den Unternehmen unseres Landes jenes Instrumentarium anzubieten, dass diese benötigen um zu wachsen, um moderne, innovative Waren und Dienstleistungen anbieten zu können, damit die Betriebe Arbeitsplätze schaffen können, die auch ohne öffentliche Subventionen weiter bestehen bleiben.

Wir haben dazu hier in Deutschland, und das gilt auch für Niedersachsen, in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ein sehr fein gesponnenes Netz an Förderprogrammen und –„programmchen“ geschaffen. Glauben Sie mir meine Damen und Herren, als Minister für Wirtschaft und Arbeit weiß ich, wovon ich spreche. Mein Haus ist sowohl für den EFRE, als auch für den Europäischen Sozialfonds, kurz ESF, verantwortlich. Das sind, wenn man die gegenwärtige Förderstruktur betrachtet, über 50 unterschiedliche Programme und Förderbereiche. Diese Programme werden zwar nicht alle allein von meinem Haus betraut, sondern auch von etlichen anderen Ressorts, aber das grundsätzliche Problem lässt sich daran schon sehr gut erkennen: Wir fördern zwar recht zielgenau aber auch sehr kleinteilig.

Und genau dies möchten wir in der kommenden Förderperiode ändern, meine Damen und Herren. Wir wollen weg von den vielen kleinen Fördertöpfchen und hin zu wenigen aber sehr flexiblen großen Fördertöpfen. Wir wollen Förderrichtlinien schaffen, in denen nur noch das EU-rechtlich Notwendige geregelt wird. Die bürokratische Messlatte muss nicht noch höher gelegt werden, als sie die EU ohnehin schon gelegt hat. Im Gegenteil, zusammen mit der NBank wollen wir dafür sorgen, dass der Weg zu europäischen Fördermitteln einfacher und unbürokratischer wird. Denn Sie, meine Damen und Herren, sollen das Geld vor Ort so einsetzen können, wie es gebraucht wird. Das Geld soll sich nach den Projekten richten und nicht umgekehrt.

Ich freue mich sehr, dass uns die EU bei diesem Ziel maßgeblich unterstützt. Die strategischen Ziele werden zukünftig in Form eines Spektrums von wenigen aber aussagekräftigen Schwerpunkten umgesetzt. Die damit verbundene Abkehr vom kleinteiligen Maßnahmendenken verschafft uns nicht nur mehr Flexibilität im Finanzmanagement sondern wird auch die Qualität der Förderprojekte nachhaltig erhöhen.

Meine Damen und Herren,

nach dem derzeitigen Verhandlungsstand kann das Land Niedersachsen für die klassische Strukturfondsförderung aus EFRE und ESF, also für Wirtschafts- und

Arbeitsmarktförderung im Zeitraum 2007-2013 mit einem erheblichen Mittelvolumen in Höhe von insgesamt rund 1,45 Milliarden Euro rechnen. Dies sind rund 35 Prozent mehr als in der gegenwärtigen EU-Förderperiode.

Diese unter finanziellen Aspekten positive Entwicklung hängt nicht zuletzt damit zusammen, viele von Ihnen werden es wissen, dass in der kommenden EU-Förderperiode die Region des ehemaligen Regierungsbezirkes Lüneburg den Status eines so genannten Ziel 1-Übergangsbereiches erhalten wird. Der Grund für diese Einstufung liegt in der ausgeprägten Strukturschwäche dieser Region, die sich auch in einem stark unterdurchschnittlichen Brutto-Inlandsprodukt äußert. Und genau dieser Umstand ist für die EU entscheidend.

Ich sage Ihnen sehr deutlich, meine Damen und Herren, wir sind verständlicherweise nicht erfreut, dass mit Lüneburg erstmals eine westdeutsche Region zu einem Ziel 1-Gebiet wird. Aber ich sage genauso deutlich, wir stehen dazu, die Möglichkeiten, die sich aus der Ziel 1-Förderung ergeben, zu nutzen. Wir werden die zur Verfügung stehenden Finanzmittel einsetzen, um die ökonomische Situation Lüneburgs nachhaltig zu verbessern. Und wir werden dies im Einklang mit den benachbarten Gebieten innerhalb und außerhalb von Niedersachsen tun. Einen Förderwettbewerb, der Unternehmensverlagerungen fördert ohne Arbeitsplätze zu schaffen und nur Mitnahmeeffekten dient, den wird es mit uns nicht geben!

Die hohen Summen, um die es bei der EU-Förderung geht, sollten uns auch nicht den Blick darauf verstellen, dass dieses Geld nur zeitlich begrenzt zur Verfügung steht. Was nach dem Jahr 2013 sein wird, ist heute noch nicht vorherzusagen, aber mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit wird die Höhe der EU-Förderung in diesem Ausmaß ein einmaliges Ereignis für Niedersachsen und insbesondere für die Region Lüneburg sein. Es kommt deshalb darauf an, das Geld so einzusetzen, dass wir **nachhaltige** Effekte erzeugen. Gerade deshalb ist für uns auch der Austausch mit Ihnen, meine Damen und Herren, so wichtig.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam in den kommenden Monaten die Projekte entwickeln, die unser Land, seine Regionen und Kommunen und vor allem seine Unternehmen dauerhaft voranbringen.

Die Voraussetzungen dafür sind nicht nur in monetärer Hinsicht gut. Auch im förderrechtlichen Bereich gibt es ein paar entscheidende Veränderungen, die uns allen die Arbeit deutlich erleichtern. Ich denke dabei in erster Linie an den Umstand, dass zukünftig das **ganze** Land Niedersachsen von der EU-Förderung profitieren kann. Wir werden bei dem Einsatz der EU-Mittel nicht länger an eine kleinteilige Gebietskulisse gebunden sein.

Wer kennt sie nicht, die abstrusen Auswirkungen der derzeitigen Gebietskulisse, die dazu führen, dass man in manchen Strassen bis zur Hausnummer 23 fördern kann, von Nummer 24 bis 36 nicht und dann ab Nummer 37 erneut.

Ich habe oft mit Unternehmern und Antragsstellern gesprochen, deren Büros zwischen Nummer 24 und 36 liegen. Und ich kann Ihnen sagen, denen zu erklären, warum zwar der Nachbar einige Häuser weiter gefördert werden kann, ihr eigenes Unternehmen jedoch nicht, ist nahezu aussichtslos und häufig selbst für Experten nur schwer zu durchschauen. Ich bin deshalb froh, dass dieser Irrsinn zukünftig vorbei sein wird, und wir das Geld dort einsetzen können, wo die besten Projekte konzipiert werden.

Denn darum geht es meine Damen und Herren: Ich möchte Sie zu einem Wettstreit der Ideen und Konzepte auffordern. Das Ziel dieses Wettstreites ist klar formuliert und lautet: Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Niedersachsen zu steigern. Diejenigen Projekte, die hierzu einen herausragenden Beitrag leisten, diese wollen wir fördern.

Ich sage dies auch deshalb mit aller Deutlichkeit, weil gelegentlich die Sorge geäußert wird, Niedersachsen könnte in Anbetracht der großen Summen, über die wir hier reden, zur Antragsbewilligung nach dem Gießkannenprinzip zurückkehren. Nein, so etwas wird es nicht geben. Im Gegenteil, wir wollen die Qualität der Projekte steigern, und aus vielen Gesprächen weiß ich, dass Sie genauso denken, meine Damen und Herren.

Ein wichtiges Element um die Wirksamkeit öffentlicher Förderung von vornherein sicherzustellen ist die direkte Orientierung von Programmen und Projekten an den Belangen und Bedürfnissen der Betriebe, vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Lande. In genau diese Richtung haben wir in den vergangenen Jahren unsere Förderprogramme ausgerichtet. Ein wesentliches Ziel war es dabei, das Modell des „Public-Private-Partnership“, landläufig PPP genannt, zu stärken. Ein Ziel, dem sich auch die Europäische Kommission verpflichtet sieht.

Ich freue mich deshalb sehr, dass zukünftig in allen Programmbereichen auch eine finanzielle Berücksichtigung von privatwirtschaftlichem Engagement möglich sein wird. Die Einbeziehung von privaten Mitteln in die EU-Kofinanzierung ist von Beginn an ein Thema gewesen, welches die Landesregierung sehr frühzeitig unterstützt hat, ich glaube als erstes Bundesland in Deutschland überhaupt. Dass wir mit diesen Bemühungen letztlich erfolgreich waren, haben wir auch der großen Unterstützung aus den Reihen der EU-Kommission zu verdanken. Gerade Sie Herr Palma Andres und Herr Dufeil haben dabei maßgeblich den Weg für diese Entscheidung bereitet. Dafür sage ich Ihnen an dieser Stelle meinen herzlichen Dank.

Die daraus erwachsenden Gestaltungsspielräume ermöglichen es uns, zukünftig nicht nur über PPP zu reden, sondern dieses auch im großen Stil zu praktizieren. Diese Chance möchten wir im Rahmen der zukünftigen EFRE-Programme in den Zielen 1 und 2 nutzen.

Meine Damen und Herren,

die Gesamtsumme von 1,45 Mrd. €, um die es im Bereich Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung der EU für Niedersachsen geht, hatte ich schon erwähnt. Knapp die Hälfte dieser Summe, rund 700 Mio. €, entfällt auf die Region Lüneburg, wogegen der andere Teil, rund 750 Mio. €, auf das übrige Landesgebiet entfällt.

Jeweils 200 Mio. davon können für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verwendet werden. Der weit größere Anteil in Höhe von 500 bzw. 550 Mio. € entfällt dagegen auf den Bereich der Wirtschaftsförderung, also auf den EFRE.

Um die Antragstellung möglichst einfach und transparent zu gestalten, ist vorgesehen, die Abwicklung aller mit den oben genannten Summen verbundenen Programme über eine einzige Bewilligungsstelle, die NBank, abzuwickeln. Die NBank soll gleichermaßen als „Kompetenzzentrum für EU-Förderung“ und als „Zentrale Anlaufstelle für Förderung und Projektrealisierung“ fungieren. Dies ist ein hoher Anspruch, aber ich bin sicher, bis zum Beginn der Förderung im kommenden Jahr werden wir ihn einlösen können.

Wir wollen aber, lassen Sie es mich so formulieren, nur die **Bürokratie** zentralisieren, nicht die Projektkonzeption. Wir haben deshalb ein neues Förderinstrument entwickelt, welches wir Ihnen in den Regionen an die Hand geben möchten, um Projekte von besonderer regionaler Bedeutung schnell und unbürokratisch fördern zu können. Dieses Instrument trägt den Namen „Regionalisierte Teilbudgets“.

Dahinter verbirgt sich die Möglichkeit für die Kreise und Regionen in unserem Land, im Rahmen ausgewählter EFRE-Förderprogramme über die Verwendung bestimmter Mittelkontingente explizit entscheiden zu können. Dass diese Entscheidungen auf der Basis der zukünftigen Förderrichtlinien und im Einklang mit dem EU-Recht zu erfolgen haben, versteht sich dabei von selbst. Im Gegenzug stellen Kommunen und Regionen die Kofinanzierungsmittel für die entsprechenden Projekte bereit.

Dieses Modell ist von meinem Haus entwickelt worden und wird derzeit in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Regierungsvertretungen und von kommunalen Vertretern weiterentwickelt. Einzelheiten dazu werden in den heute stattfindenden Fachforen besprochen. Ich will deshalb hier nicht in die Details gehen.

Meine Damen und Herren,

nach der Vorstellung der Landesregierung soll die zukünftige EU-Förderung im Bereich des EFRE auf drei große Schwerpunkte konzentriert werden:

- Gründungsförderung und Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung insbesondere von KMU

- Innovation und wissensbasierte Gesellschaft
- Ausgleich intraregionaler Disparitäten und Ausbau spezifischer Entwicklungspotentiale.

Dies sind, wenn man so will, die Überschriften der großen Fördertöpfe, die ich eingangs angesprochen habe. Damit Sie sich einen ersten Eindruck von unserem Planungsstand machen können, möchte ich Ihnen nun einen Überblick darüber geben, welche Förderbereiche sich hinter diesen Überschriften verbergen.

Der erste Schwerpunkt „Gründungsförderung und Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung insbesondere von KMU“ ist quasi der klassische Schwerpunkt eines jeden Programms zur Wirtschaftsförderung.

Hier geht es um die Unterstützung unserer niedersächsischen KMU, also um z.B. die klassische einzelbetriebliche Förderung in der Kombination EU-Mittel plus GA-Mittel. Doch wie sie alle wissen, ist die GA rückläufig. Wir haben in schwierigen und langwierigen Verhandlungen mit dem Bund zwar noch einmal die Fortsetzung für die kommenden Jahre erreichen können, aber wir erzielen bei weitem nicht mehr das GA-Niveau der vergangenen Jahre.

Gerade deshalb liegt uns viel daran, die bisherige KMU-Förderung außerhalb der GA auch zukünftig fortzusetzen. Das Instrument der kommunal gegenfinanzierten KMU-Programme auf Kreisebene soll deshalb nicht nur bestehen bleiben, sondern nach unseren Vorstellungen sogar noch ausgebaut werden. Auch dies gehört mit in den Themenkomplex der erwähnten „Regionalisierten Teilbudgets“ und verschafft den Kreisen ein Instrument, um den Unternehmen ihrer Region schnell und unbürokratisch helfen zu können.

Daneben werden wir in der Zukunft ein höheres Gewicht auf alternative Finanzierungsformen, wie z.B. Fonds legen. Rund 100 Mio. € haben wir derzeit für entsprechende Lösungen im EFRE vorgesehen. Diese sollen helfen, das Hauptproblem von kleinen und mittleren Unternehmen zu lösen, die Eigenkapitalschwäche. Denn häufig ist KMU mit einer Eigenkapitalhilfe sehr viel

besser geholfen als mit einem klassischen Zuschuss. Die NBank arbeitet deshalb schon seit längerem zusammen mit unserem Haus an entsprechenden Fondskonzepten, damit wir unmittelbar zu Beginn der kommenden EU-Förderperiode mit der Ausreichung der entsprechenden Finanzmittel beginnen können.

Die Kombination dieser beiden Elemente, klassische Zuschussfinanzierung im Rahmen der GA plus Fondslösungen wird es uns ermöglichen auch in Zukunft die KMU-Förderung auf einem hohen Niveau weiterzuführen.

Meine Damen und Herren,
all diese Instrumente dienen der Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung und unterstützen so maßgeblich die Lissabon-Strategie der EU. Ich erwähne dies hier ausdrücklich, weil die Lissabonner Zukunftsstrategie häufig nur mit jenen Maßnahmen und Programmbereichen gleichgesetzt wird, die ich Ihnen nunmehr anhand unseren zweiten Programmschwerpunktes „Innovation und wissensbasierte Gesellschaft“ vorstellen möchte.

In diesem Schwerpunkt wollen wir alle jene Programme zusammenführen, die sowohl inner- wie außerhalb von Hochschulen der Unterstützung von Forschung und Entwicklung im weitesten Sinne dienen. Dazu gehören nicht nur die originären FuE-Programme selbst, sondern auch die Förderung von technologischen Netzwerken und Clustern und auch vor allem auch von innovativen Produkten und Dienstleistungen.

Gerade der letzte Punkt zeigt besonders, worum es uns geht, meine Damen und Herren, um **anwendungsbezogene** Innovationen, um die Unterstützung des Know-How-Transfers von den Hochschulen in die kleinen und mittleren Unternehmen unseres Landes.

Ich weiß, dass hier im Lande viele Sorgen bestehen, wir könnten zukünftig nur noch Leuchtturmprojekte in den Metropolen fördern, wie z.B. die Grundlagenforschung im High-Tech-Bereich an unseren Universitäten.

Ich sage deshalb hier in aller Deutlichkeit, diese Sorgen sind unbegründet. Nach meiner festen Überzeugung haben wir in Niedersachsen und in Deutschland kein Defizit im Bereich der Grundlagenforschung.

Denken Sie nur an die MP3-Player, die heutzutage jeder Jugendliche am Hals mit sich herumträgt, und die inzwischen sogar in vielen Handys eingebaut sind. Die Technik dafür ist in Deutschland entwickelt worden. Aber die Vermarktung dieser Innovation erfolgt vor allem durch Unternehmen außerhalb von Deutschland aus USA, Japan, China und Korea.

Das muss sich ändern, meine Damen und Herren! Deshalb wollen wir den Know-How-Transfer im gesamten Land fördern. Wir wollen unsere KMU mit den Universitäten und Fachhochschulen zusammenbringen. Das **kann** an den Hochschulstandorten sein, muss es aber nicht. Im Zeitalter von High-Speed-Datenleitungen, von Internet und DSL kann die Zusammenarbeit auch über viele Kilometer hinweg effizient erfolgen.

Wussten Sie, dass eines der weltweit führenden High-Tech-Unternehmen aus der Zahnmedizin in Cuxhaven sitzt? Wahrscheinlich nicht. Wo hätten Sie es vermutet, Hannover oder Braunschweig? Cuxhaven wohl kaum. Ich will dieses Beispiel jetzt nicht vertiefen, aber ich glaube es wird deutlich, worum es uns geht, um die breitflächige Anwendung von Wissen und Technologie. Diese kann auf dem Land und in kleinen Städten genauso erfolgen wie in unseren Ballungszentren.

Wir werden, das verspreche ich Ihnen, bei der Prüfung der Förderanträge einzig und allein unter qualitativen Aspekten entscheiden. Wer einen Projektantrag einreicht, der geeignet ist, den Standort Niedersachsen weiterzuentwickeln, und der die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung fördert, der soll auch finanziell unterstützt werden, unabhängig davon ob das Projekt in einer Metropolregion oder auf dem Lande durchgeführt wird.

Meine Damen und Herren,

damit unsere Wirtschaft wachsen kann braucht sie vor allem eins, die optimalen Rahmenbedingungen. Übersetzt auf den Bereich Wirtschaftsförderung mit EU-Mitteln heißt das, die Infrastruktur muss stimmen.

Auch dazu wollen mit den künftigen EU-Programmen beitragen. Sie haben sich vor wenigen Minuten wahrscheinlich gefragt, was sich wohl hinter der Überschrift „Ausgleich intraregionaler Disparitäten und Ausbau spezifischer Entwicklungspotentiale“ verbergen mag. Nun will ich dieses Geheimnis lüften. Es handelt sich um die Förderung von Infrastrukturen in allen denkbaren Facetten, von der touristischen Infrastruktur, über die klassische wirtschaftsnahe Infrastruktur (Stichwort Gewerbegebietsförderung) bis hin zur Verkehrsinfrastruktur und Projekten aus dem Umweltbereich. Ja, selbst die Städteförderung fällt mit in diesen Schwerpunkt.

Ich habe eingangs die besonderen Fördermöglichkeiten für die Region Lüneburg erwähnt. Gerade im Infrastrukturbereich wollen wir diese Möglichkeiten besonders stark nutzen, um die dortige Region, die 11 Landkreise des ehemaligen Regierungsbezirks, nachhaltig voranzubringen. Dabei spielt auch die Verkehrsinfrastruktur eine wichtige Rolle.

Aber auch im übrigen Landesgebiet wird Infrastrukturförderung eine erhebliche Bedeutung besitzen. So haben wir in Verhandlungen mit der Europäischen Kommission unter anderem erreichen können, dass wir in unseren touristisch geprägten Gebieten allen voran in Harz, Heide und an der Nordseeküste die Förderung von touristischer Infrastruktur fortsetzen können. Auch hier geht mein Dank erneut in Richtung der anwesenden EU-Vertreter.

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, meine Damen und Herren,

dass die Vorbereitungen für die kommende EU-Förderperiode schon ein gutes Stück vorangeschritten sind, und dass wir als Land schon durchaus konkrete Vorstellungen haben, wie unsere späteren EU-Programme einmal aussehen sollen.

Aber ich will auch deutlich sagen, dass die Arbeit längst nicht abgeschlossen ist. Wir wollen nicht am grünen Tisch Programme entwickeln, welche dann in der Realität haarscharf an den Bedarfen der Regionen und der Wirtschafts- und Sozialpartner vorbeigehen. Wir wollen vielmehr schon jetzt im Planungsprozess sicherstellen, dass hier eine enge Rückkopplung zu allen an der späteren Programmumsetzung beteiligten Akteuren erfolgt.

Wir haben deshalb seit April vergangenen Jahres 8 Regionalkonferenzen in den ehemaligen Regierungsbezirken durchgeführt. Und auch die heutige EFRE-Messe soll Ihnen eine Plattform bieten, meine Damen und Herren, um Ihre Wünsche, Erwartungen und Anregungen zu äußern, damit wir möglichst viel davon in dem künftigen Programm berücksichtigen können.

Die EU-Strukturfondsförderung ist ein Bereich, in dem die partnerschaftliche Umsetzung von Programmen schon seit vielen Jahren praktiziert wird. Dies betrifft gleichermaßen die inhaltliche wie auch die finanzielle Gestaltung der Programme.

Ich möchte deshalb die heutige Gelegenheit auch dafür nutzen, um insbesondere den anwesenden Kommunen und Ihren hier anwesenden Vertreterinnen und Vertretern für das große persönliche und finanzielle Engagement bei der Umsetzung der EU-Programme zu danken.

Wir haben gemeinsam viel erreicht in der Vergangenheit und eine Reihe von Entwicklungen angeschoben, auf denen wir für die zukünftige EU-Förderperiode aufbauen können.

Einen Überblick darüber bietet die Ausstellung der verschiedenen Projekte hier im Forum vor dem Plenum. Ich fordere Sie deshalb auf, machen Sie es wie ich meine Damen und Herren, nutzen Sie die heutige Veranstaltung auch dazu, sich einen Überblick über das gewaltige Projektspektrum des EFRE in Niedersachsen zu verschaffen. Lassen Sie sich inspirieren, dann werden Sie feststellen, dass man längst nicht jedes Rad neu erfinden muss. Um in dem Bild zu bleiben, eine neue Felge oder eine neue Reifenmischung ist oft mindestens ebenso erfolgreich.

Das Bessere ist der Feind des Guten. Der EFRE war gut in der Vergangenheit, lassen Sie ihn uns gemeinsam noch besser machen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.